

Anfragen: Märzsession 2015

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
12	Knutti Thomas, Weissenburg (SVP)	Parkplatzmisere beim Verwaltungsgebäude in Thun	3
16	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Warum ist der Bau des neuen Medien- und Logistiktunnels unterbrochen?	4
Polizei- und Militärdirektion POM			
9	Hess Erich, Bern (SVP)	Wie viele Einbürgerungen wurden im Kanton Bern vorgenommen?	5
15	Deputation Zuber Maxime, Moutier (PSA)	Logistische Unterstützung des Zivilschutzes beim Markt von Chaudon	6
19	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Elektroschockpistolen im Kanton Bern	7
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF			
4	Hügli Daniel, Biel (SP)	Wie hoch sind die Kosten der Auslagerung der Psychiatrie?	8
6	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Massive Zunahme der Kosten für freiwillige Platzierungen	9
7	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Droht der Spitalnetz Bern AG Ende 2015 die Zahlungsunfähigkeit?	10
18	Schindler Meret, Bern (SP)	Fusion des SMSB am Personal vorbei geplant?	11
21	Gabi Schönenberger Sarah, Schwarzenburg (SP)	Koordination der Elternbildung	12
Erziehungsdirektion ERZ			
1	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Beabsichtigt der Regierungsrat, die Technische Fachschule Bern nach Burgdorf zu verlagern?	13
10	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschwanden (SVP)	Nachkredite 2013, 2014 und 2015 für schulergänzende, anstatt für schulische Angebote!	14
13	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschwanden (SVP)	Jahrgangsklassen/Mehrjahrgangsklassen: mehr Lehrerlektionen und Mehrkosten!?	15
22	Gabi Schönenberger Sarah, Schwarzenburg (SP)	Schutz vor Cybermobbing und Grooming genügend im Kanton Bern?	16
Volkswirtschaftsdirektion VOL			
2	Fischer Gerhard, Meiringen (SVP)	Jagdinspektorat von der VOL in die POM verschieben	17
3	Hügli Daniel, Biel (SP)	Nationalbank-Schock: Was kann der Kanton tun?	18



- | | | | |
|----|---|---|----|
| 5 | Hügli Daniel, Biel (SP) | Erste Zahlen zur Lage der Arbeitnehmenden im Kanton Bern seit dem Nationalbank-Schock | 19 |
| 17 | Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP) | Können alle Bauern mit allen Flächen von Landschaftsqualitätsbeiträgen profitieren? | 20 |

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

- | | | | |
|----|--|---|----|
| 11 | Gsteiger Patrick, Eschert (EVP)
Streit-Stettler Barbara, Bern (EVP) | Eine Fatwa gegen den Imam des Hauses der Religionen in Bern | 21 |
|----|--|---|----|

Finanzdirektion FIN

- | | | | |
|----|---------------------------------|---|----|
| 8 | Fuchs Thomas, Bern (SVP) | Die Billag-Mediensteuer macht auch vor der Kantonsverwaltung keinen Halt: Was kostet dies die Steuerzahler? | 22 |
| 14 | Bühler Manfred, Cortébert (SVP) | Aufgabe der Euro-Untergrenze durch die Nationalbank | 23 |
| 20 | Hirschi Irma, Moutier (PSA) | Französischsprachige Lehrlinge in kantonalen Verwaltungsstellen | 24 |

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 12**

Urheberin/Urheber: **Knutti Thomas, Weissenburg (SVP)** Beantwortet durch: **BVE**

Parkplatzmisere beim Verwaltungsgebäude in Thun

Mit dem neu erstellten kantonalen Verwaltungsgebäude an der Scheibenstrasse in Thun wurde den Bürgerinnen und Bürgern eine weitere Zentralisierungsmassnahme aufgebrummt. Leider wurde beim Bau des Verwaltungsgebäudes vernachlässigt, genügend zur Verfügung stehende Parkplätze zu erstellen.

Fragen:

1. Wieso wurden beim Neubau lediglich ca. 20 Parkplätze für die Besucher erstellt?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass für den Verwaltungsbesuch die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen sind?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich der Problematik anzunehmen und die Parkplatzsituation anzupassen?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 16**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **BVE**

Warum ist der Bau des neuen Medien- und Logistiktunnels unterbrochen?

Auf dem Areal des Inselspitals in Bern ist ein «unterirdischer Medien- und Logistiktunnel» zwischen der Frauenklinik und dem neuen Intensivbehandlungs-, Notfall- und Operationszentrum (INO) im Bau. Dieser Tunnel sollte eigentlich gemäss Planung im Herbst 2014 in Betrieb genommen werden. Die Kosten sollten gemäss Planung 11,5 Millionen Franken betragen. Der Bau ist aber unterbrochen.

Fragen:

1. Warum ist der Bau des Medien- und Logistiktunnels unterbrochen?
2. Welche zusätzlichen Kosten erwachsen aus dem Baustopp?
3. Welche Direktion ist für das Bauprojekt verantwortlich?

Anfragen Märzsession 2015

Anfrage 9

Urheberin/Urheber: **Hess Erich, Bern (SVP)**

Beantwortet durch: **POM**

Wie viele Einbürgerungen wurden im Kanton Bern vorgenommen?

Diese Woche haben die eidgenössischen Räte der bernischen Kantonverfassung mit den neuen Einbürgerungsbestimmungen die Gewährleistung erteilt.

Frage:

- Wie viele Personen wurden je in den Jahren 2010 bis 2014 ordentlich (also nicht erleichtert) eingebürgert?

Anfragen Märzsession 2015

Anfrage 15

Urheberin/Urheber:

**Deputation
Zuber Maxime, Moutier (PSA)**Beantwortet durch: **POM**

Logistische Unterstützung des Zivilschutzes beim Markt von Chindon

Der Bauernmarkt von Chindon, der auf der Liste der «lebendigen Traditionen des Kantons Bern» aufgeführt ist und jedes Jahr über 50 000 Besucherinnen und Besucher anzieht, ist ein Anlass von kantonaler Bedeutung, der zur Ausstrahlung der Gemeinde Reconvilier und der ganzen Region beiträgt. Unzählige sind die sehr positiven Auswirkungen dieses Leuchtturmanlasses auf die Wirtschaft und den Tourismus im ganzen Berner Jura, und dies seit nunmehr 1632.

Es handelt sich hier um einen Grossanlass. Über 120 Personen werden aufgeboten, um für die Abertausenden von Besucherinnen und Besuchern, für die 550 Stände, für die 400 Nutztiere usw. ideale Bedingungen zu schaffen. Bisher griff der Zivilschutz den Organisatoren unter die Arme und stellte ihnen 80 Zivilisten zur Verfügung.

Im vergangenen November hat der Präsident der kommunalen Organisationskommission erneut um eine logistische Unterstützung für den Markt 2015 ersucht. Das regionale Zivilschutz-Kompetenzzentrum des Berner Juras hat das Gesuch aber mit dem Hinweis abgelehnt, die Geschäftsprüfungskommission habe beschlossen, die Zivilschutzdienstpflichtigen inskünftig in den vom Kanton geforderten Wiederholungskursen in ihren jeweiligen Diensten einzusetzen, damit sie die ihnen zufallenden Aufgaben erledigen. Die Organisatoren haben Anfang Jahr erneut ein Gesuch eingereicht und um eine Bereitstellung von nur noch 60 (anstatt 80) Dienstpflichtigen ersucht. Das Gesuch wurde erneut abgelehnt.

Der Gemeinderat von Reconvilier hat sich daraufhin ausdrücklich an die Deputation gewandt und sie um Vermittlung gebeten, damit eine Lösung zwischen den Zivilschutzverantwortlichen und den Organisatoren des Markts gefunden werden kann.

Angesichts dieser Vorkommnisse und zu einem Zeitpunkt, in dem der Grosse Rat über den Einsatz des Zivilschutzes bei den Weltcuprennen in Wengen und Adelboden zu beraten haben wird, bittet die Deputation den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

Fragen:

1. Welche Bedeutung misst der Regierungsrat dem Markt von Chindon bei?
2. Ist der Regierungsrat bzw. die Polizei- und Militärdirektion (POM) damit einverstanden, bei den betreffenden Partnern zu intervenieren, um diese Strittigkeit beizulegen und dem Zivilschutz zu ermöglichen, diesen Grossanlass wie schon in der Vergangenheit auch 2015 sowie in den kommenden Jahren in logistischer Hinsicht zu unterstützen?

Anfragen Märzsession 2015

Anfrage 19

Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**

Beantwortet durch: **POM**

Elektroschockpistolen im Kanton Bern

Die Einsätze von Elektroschockgeräten (Tasern) nimmt seit ihrer Zulassung 2003 laufend zu. 2014 wurde die Waffe schweizweit bei 36 Einsätzen eingesetzt – ein neuer Rekord.

Fragen:

1. Wie oft setzte die Kantonspolizei Bern im Jahr 2014 Elektroschockpistolen ein?
2. Gab es beim Einsatz des Tasers irgendwelche Probleme (bspw. Todesfälle)?

Anfragen Märzsession 2015

Anfrage 4

Urheberin/Urheber: **Hügli Daniel, Biel (SP)**

Beantwortet durch: **GEF**

Wie hoch sind die Kosten der Auslagerung der Psychiatrie?

Die Auslagerung der Psychiatrie aus der Berner Kantonsverwaltung hat zusätzlichen Aufwand und Kosten verursacht, die transparent offengelegt werden sollen.

Fragen:

1. Wie hoch sind die gesamten Kosten, die während und aufgrund der Auslagerung der Psychiatrie entstanden sind und noch entstehen werden?
2. Wie hoch sind die gesamten Kosten, die verwaltungsintern (inklusive Arbeitsstunden) entstanden sind oder noch entstehen werden?
3. Wie hoch sind die gesamten Kosten, die durch externe Mandate oder Aufträge entstanden sind oder noch entstehen werden?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 6**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **GEF**

Massive Zunahme der Kosten für freiwillige Platzierungen

Die Kosten für freiwillige Platzierungen von Kindern und Jugendlichen haben in der Rechnung 2013 gegenüber dem Voranschlag 2013 um gegen 30 Millionen zugenommen. Gemeint sind Zuweisungen von Kindern in Heime, die nicht durch einen Beschluss der Kinder- und Erwachsenenbehörde (Kesb), sondern durch die zuständigen Sozialämter bzw. freiwillig durch die Eltern erfolgen.

Fragen:

1. Um wie viel sind die Kosten für freiwillige Platzierungen im Jahr 2013 genau gestiegen?
2. Sind die höheren Kosten auf mehr Fälle oder auf höhere Durchschnittskosten pro Platzierung zurückzuführen?
3. Sind die Kosten für freiwillige Platzierungen auch in der Rechnung erneut stark angestiegen?

Anfragen Märzsession 2015

Anfrage 7

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **GEF**

Droht der Spitalnetz Bern AG Ende 2015 die Zahlungsunfähigkeit?

Dem Vernehmen nach geht in der Gesundheits- und Fürsorgedirektion das Gerücht herum, dass einer Spital AG Ende Jahr die Zahlungsunfähigkeit drohe, weil ihr die finanzielle Liquidität ausgeht.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass eine bernische Spital AG Ende Jahr voraussichtlich zahlungsunfähig ist?
2. Trifft es zu, dass es sich dabei um die Spitalnetz AG Bern handelt?
3. Welche Schritte hat der Regierungsrat eingeleitet, um die Zahlungsunfähigkeit zu verhindern?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 18**Urheberin/Urheber: **Schindler Meret, Bern (SP)**Beantwortet durch: **GEF****Fusion des SMSB am Personal vorbei geplant?**

Die Fusion Inselspital-Spitalnetz Bern ist nun seit längerem vom Grossen Rat beschlossen und geht vonstatten. Als nächster grosser Schritt steht der Zusammenschluss des Ziegler- und des Tiefenauspitals an. Dieser wurde letztes Jahr kommuniziert und danach kursierten nur noch vage Informationen und Gerüchte.

Diese Unsicherheit hatte zur Folge, dass viele Angestellte gekündigt haben oder derzeit eine neue Stelle suchen.

Der Umzugstermin steht noch nicht fest, es gibt Gerüchte über einen möglichen Umzug im April sowie über einen möglichen Umzug vor oder erst nach den Sommerferien oder erst im Herbst. Durch die unsichere Situation lassen sich freie Stellen kaum besetzen. Das Personal ist überall überlastet, Krankheitsfälle mehren sich und verschärfen das Problem. Die Situation ist so kritisch, dass die Pflege auf einzelnen Stationen bald nicht mehr gewährleistet werden kann, falls sich nichts ändert.

Vor allem die Personalpolitik wird vage kommuniziert: Lange hiess es, man könne jeweils als bestehendes Team umziehen, was auch Sinn ergibt, um einen Ressourcenverlust zu verhindern. Später wurde auch die Möglichkeit aufgeworfen, in Zweiergrüppchen oder in seltenen Fällen einzeln irgendwo im SMSB untergebracht zu werden. Nun ist im Februar bekannt geworden, dass 24 Betten für die geriatrische Abteilung reserviert sind. Total stehen im Tiefenauspital ca. 40 Betten leer, d. h. dass wahrscheinlich zusätzlich keine ganzen Abteilungen mehr gezügelt werden können. Die kleinste Abteilung besteht bei uns aus 28 Betten. Beim Personal hat das zu einer weiteren Verunsicherung geführt.

Laut Geschäftsleitung soll Ende März eine weitere Personalinformation kommen. Gleichzeitig kommt nun aus dem Inselspital die Information, dass bis 2020 das neue Herzzentrum gebaut werden soll.

Es ist offenbar nicht klar, wo die Pflegenden und Ärztinnen/Ärzte hinziehen sollen, und ein Bauprojekt steht laut verschiedenen Interna noch nicht fest.

Stossend ist auch, dass eine PR-Firma mit der Kommunikation beauftragt wurde und dies die Verunsicherung gegenüber früheren, ähnlichen Situationen gesteigert hat: Das Personal erfährt Neuigkeiten oft erst aus den Medien und wird am nächsten Tag oder notfallmässig gleichentags intern informiert. Diese schlechte Kommunikation erhöht die Verunsicherung bei den Angestellten weiter.

Fragen:

1. Inwiefern wird das Zieglerspital weiter genutzt, z. B. als Reservestandort für das Inselspital während des Umbaus?
2. Hat der Regierungsrat Pläne/Informationen, die helfen, die Unsicherheit in der knapp besetzten Berufsgruppe Pflege und Ärzteschaft zu senken?
3. Plant der Regierungsrat, Pflegenden und Ärztinnen/Ärzte in bestehenden Teams zu versetzen, damit die vorhandenen Ressourcen weiter genutzt werden können?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 21**

Urheberin/Urheber: **Gabi Schönenberger Sarah,
Schwarzenburg (SP)**

Beantwortet durch: **GEF**

Koordination der Elternbildung

Ende 2012 wurde der Verein Elternbildung Kanton Bern (VEB) aufgelöst. Obschon sich die Generalsekretäre der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF), der Erziehungsdirektion (ERZ) und der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) einig sind, dass der Kanton die Elternbildung aktiv koordinieren und subsidiär unterstützen will, fehlt seither eine Plattform, die diese Aufgaben wahrnimmt. Diese fehlende Koordination führte bei den Veranstaltungen und Vereinen, die Elternbildungskurse durchführen, zu rückläufigen Teilnehmerzahlen und somit bei vielen auch zu Finanzproblemen.

Fragen:

1. Ist die zuständige Fürsorgedirektion (GEF) immer noch gewillt, die Elternbildung *aktiv zu koordinieren* und *subsidiär zu unterstützen*?
2. Wie sieht der Zeitplan für dieses Vorhaben aus?
3. Ist sich der Regierungsrat der Dringlichkeit bewusst?

Anfragen Märzsession 2015

Anfrage 1

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Beabsichtigt der Regierungsrat, die Technische Fachschule Bern nach Burgdorf zu verlagern?

Die Technische Fachschule Bern (ehemals Lehrwerkstätten Bern, auch unter dem Namen *Lädere* bekannt), hat ihren Sitz seit ihrer Gründung im Jahre 1888 in Bern.

Fragen:

1. Beabsichtigt der Regierungsrat, die Technische Fachschule Bern nach Burgdorf zu verlegen?
2. Wenn Ja: Auf welchen Zeitpunkt hin soll die Verlagerung stattfinden?
3. Sieht der Regierungsrat die Verlagerung der Technischen Fachschule nach Burgdorf als Kompensation für einen allfälligen Verbleib der Fachhochschule in Bern?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 10**

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Nachkredite 2013, 2014 und 2015 für schulergänzende, anstatt für schulische Angebote!

Da die finanziellen Mittel des Kantons prioritär für die Schule, anstatt für schulergänzende Angebote (Tagesschulen) eingesetzt werden sollten, die Nachkredite der Jahre 2013, 2014, 2015 aber in Millionenhöhe für schulergänzende Massnahmen eingesetzt wurden, drängen sich die folgenden Fragen auf:

Fragen:

1. Wieviel Prozent der Schulkinder der obligatorischen Schulzeit profitieren einmal/mehrmals pro Woche von schulergänzenden Angeboten?
2. Wie haben sich die Kosten für den Kanton an diese Tagesschulen in den letzten fünf Jahren entwickelt?
3. Sieht sich der Regierungsrat gezwungen, wegen der Kosten Massnahmen zu ergreifen (höhere Kinderzahlen pro Betreuungsperson, höhere Beiträge von wohlhabenden Eltern...)?

Anfragen Märzsession 2015

Anfrage 13

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Jahrgangsklassen/Mehrjahrgangsklassen: mehr Lehrerlektionen und Mehrkosten!?

Jahrgangsklassen waren eine Errungenschaft, um effizienter mit den Kindern arbeiten zu können, da die Entwicklungsunterschiede bei Gleichaltrigen am geringsten sind. Damit aber Landschulen trotz Rückgang der Schülerzahlen weitergeführt werden können, war und ist es sinnvoll, Mehrjahrgangsklassen zu führen.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass für Mehrjahrgangsklassen mehr Stellenprozente zur Verfügung stehen?
2. Wenn ja, weshalb?
3. Wenn ja, welche Mehrkosten entstehen für den Kanton jährlich?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 22**

Urheberin/Urheber: **Gabi Schönenberger Sarah,
Schwarzenburg (SP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Schutz vor Cybermobbing und Grooming genügend im Kanton Bern?

Heutzutage findet im Internet beinahe alles statt, auch Mobbing. Betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche.

Der Zugang zur virtuellen Welt wird immer einfacher, schneller, selbstverständlicher.

What's App, Handy-Kamera, Webcam, Skype, Twitter, Instagram, Facebook stehen allen zur Verfügung, oft auch bereits kleinen Kindern.

Die Kinder und Jugendlichen sind dadurch mit neuen Gefahren konfrontiert. Es gilt, Kinder vor allen Gefahren zu schützen – auch vor Gefahren im virtuellen Raum, denn genau diese nehmen sehr rasant und explosionsartig zu!

Untersuchungen der Polizei zeigen auf, dass es in der Regel weniger als 3 Minuten dauert, bis ein Kind in einem Internet-Chat-Room – der sich wohlgerichtet an unter 15-Jährige richtet – durch Erwachsene sexuell belästigt wird.

Fragen:

1. Welche konkreten Massnahmen und Mittel hat der Regierungsrat bereits ergriffen, um gegen Cybermobbing wie auch Grooming (insbesondere an Schulen) präventiv vorzugehen?
2. Welche allfälligen Massnahmen hierzu sind kurzfristig, mittelfristig sowie langfristig geplant?
3. Es bestehen bereits einige Angebote zur Nutzung neuer Medien (bspw. Broschüre namens „click it“, von der Polizei herausgegeben, Cybersmart von BEGES (Berner Gesundheit) sowie von der Pro Juventute bspw. den Workshop Medienprofis, der sich direkt an Kinder und Jugendliche richtet, und von www.zischtig.ch). Viele der Angebote sind sehr gefragt, das Thema sehr aktuell und dringlich, da Schulen, Lehrkräfte wie Schülerinnen und Schüler mit schwierigen Fragen diesbezüglich konfrontiert werden. Gedenkt der Regierungsrat diese bereits bestehenden Angebote auf einer Plattform zusammenzutragen und so besser zugänglich zu machen und auch finanziell zu unterstützen?

Anfragen Märzsession 2015

Anfrage 2

Urheberin/Urheber: **Fischer Gerhard, Meiringen (SVP)** Beantwortet durch: **VOL**

Jagdinspektorat von der VOL in die POM verschieben

Durch die Reduktion von Wildhüterstellen ist die Zusammenarbeit zwischen Police Bern und den Wildhütern bestimmt intensiviert worden.

Fragen:

1. Ist es denkbar, dass das Jagdinspektorat von der VOL in die POM wechseln würde?
2. Wenn nein: Was spricht dagegen?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 3**Urheberin/Urheber: **Hügli Daniel, Biel (SP)**Beantwortet durch: **VOL****Nationalbank-Schock: Was kann der Kanton tun?**

Seit der Aufgabe des Franken-Mindestkurses durch die Nationalbank am 15. Januar 2015 sind nun bereits mehr als zwei Monate vergangen. Es stellt sich die Frage, was der Kanton Bern tut oder tun kann, um die Schockwellen für die Berner Wirtschaft und die Arbeitnehmenden zu glätten.

Fragen:

1. Welche Rolle könnte die Berner Kantonalbank übernehmen, um die Unternehmen zu unterstützen (z. B. im Rahmen von Hypotheken, KMU-Förderkonzept, Kredite, Bürgschaften etc.)?
2. Welche Rolle kann das beco Berner Wirtschaft übernehmen (Weiterbildung während der Kurzarbeit, Vorschüssen von Löhnen zur Abwendung der Insolvenz etc.)?
3. Werden die Kontrollen bezüglich Einhaltung des Arbeitsgesetzes und der üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen angesichts des zunehmenden Drucks auf die Arbeitnehmenden nun verstärkt?

Anfragen Märzsession 2015

Anfrage 5

Urheberin/Urheber: **Hügli Daniel, Biel (SP)**

Beantwortet durch: **VOL**

Erste Zahlen zur Lage der Arbeitnehmenden im Kanton Bern seit dem Nationalbank-Schock

Seit der Aufgabe des Franken-Mindestkurses durch die Nationalbank am 15. Januar 2015 sind nun bereits mehr als zwei Monate vergangen und es lassen sich erste Zahlen zu den Folgen im Kanton Bern aufführen.

Fragen:

1. Wie viele Arbeitnehmende waren seit dem 15.1.2015 von beabsichtigten/angezeigten Massenentlassungen betroffen?
2. Wie viele Arbeitnehmende haben seit dem 27.1.2015 Kurzarbeitsentschädigung aufgrund von Wechselkursschwankungen erhalten?
3. Wie viele Konkurse wurden seit dem 15.1.2015 angemeldet?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 17**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **VOL**

Können alle Bauern mit allen Flächen von Landschaftsqualitätsbeiträgen profitieren?

Im Rahmen der neuen Landschaftsqualitätsbeiträge gibt es eine Massnahme «Vielfältige Fruchtfolge». Aufgrund von Vorgaben der Abnehmer (etwa bei Saatkartoffeln) müssen Bauern ihre gemäss Abnehmer zu kleinen und zu wenig effizienten Flächen im GELAN auf einen Betrieb zusammenlegen und haben deshalb auf dem Papier keine zusätzliche Kultur in der Fruchtfolge, obschon sie diese effektiv anbauen.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat die Problematik bekannt?
2. Gibt es eine Möglichkeit für die betroffenen, Kleinbauern, trotzdem eine zusätzliche Kultur anzumelden, obschon die Fläche im GELAN über einen Berufskollegen angemeldet ist?
3. Oder was rät der Regierungsrat einem Bauern in diesem Falle zu tun?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 11**

Urheberin/Urheber:

Gsteiger Patrick, Eschert (EVP)
Streit-Stettler Barbara, Bern (EVP)Beantwortet durch: **JGK****Eine Fatwa gegen den Imam des Hauses der Religionen in Bern**

Gegen Mustafa Memeti, den als gemässigt geltenden Imam der Moschee im Haus der Religionen in Bern, wurde vor kurzem ein islamisches Rechtsgutachten, eine sogenannte Fatwa, erlassen. Konservative Imame haben darin das Gebet in der neuen Moschee im Haus der Religionen für ungültig erklärt. Mustafa Memeti hat Drohbriefe erhalten, in denen er als Verräter, Marionette und Assimilationshelfer beleidigt wurde. Und 2014 wurden die alten Räume seines muslimischen Vereins von Vandalen heimgesucht.

Fragen:

1. Sind der Regierung die Fatwa und die Drohungen gegen den Berner Imam Mustafa Memeti bekannt?
2. Hat der Regierungsrat diese Vorkommnisse, die sich gegen die Werte und die Rechtsordnung unseres Kantons richten, verurteilt oder wird er dies noch tun?
3. Kam es seit der Eröffnung des Hauses der Religionen im Dezember 2014 zu weiteren Zwischenfällen, die den interreligiösen Dialog gefährden?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 8**Urheberin/Urheber: **Fuchs Thomas, Bern (SVP)**Beantwortet durch: **FIN****Die Billag-Mediensteuer macht auch vor der Kantonsverwaltung keinen Halt: Was kostet dies die Steuerzahler?**

Am 14. Juni 2015 stimmt das Schweizer Volk über das revidierte Radio- und Fernsehgesetz ab. Damit wird eine Billag-Mediensteuer eingeführt. Auch die Verwaltungen müssen diese künftig bezahlen, wenn sie mehr als 500 000 Franken Umsatz machen und mehrwertsteuerpflichtig sind. Die Steuerzahler werden also mehrfach zur Kasse gebeten (als Einzelperson, als Unternehmer, via Gemeinde-, Kantons- und Bundesverwaltung usw.)

Fragen:

1. Wie viel wird die Mediensteuer den Kanton Bern kosten?
2. Wie hoch fällt der Betrag für staatsnahe Betriebe aus (BKW usw.)?
3. Wird sich der Regierungsrat gegen diese neue Steuer einsetzen?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 14**Urheberin/Urheber: **Bühler Manfred, Cortébert (SVP)**Beantwortet durch: **FIN****Aufgabe der Euro-Untergrenze durch die Nationalbank**

Viele Exportunternehmen stellen ihre Rechnungen an ausländische Kunden in Euro oder Dollar aus. In Euro ausgestellte offene Rechnungen, die per 31.12.2014 in der Abschlussbilanz verbucht waren, haben zwei Wochen später 20 Prozent ihres Werts verloren. Die Steuerpraxis erlaubt Rückstellungen von 15 Prozent der Guthaben von Rechnungen, die für ausländische Kunden in einer Fremdwährung ausgestellt wurden, dies für Verlustrisiken auf Guthaben und aus Wechselkursen.

Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass allein das Wechselkursrisiko die gesamten Rückstellungen von 15 Prozent aufgebraucht hat?
2. Ist der Regierungsrat bereit, die Steuerverwaltung zu bitten, für 2014 höhere Rückstellungen als die besagten 15 Prozent zuzulassen, damit auch dem Risiko der Debitorenverluste Rechnung getragen wird?
3. Zieht der Regierungsrat weitere steuerliche Massnahmen in Betracht, um diejenigen Unternehmen zu unterstützen, die vom teuren Franken betroffen sind?

Anfragen Märzsession 2015**Anfrage 20**Urheberin/Urheber: **Hirschi Irma, Moutier (PSA)**Beantwortet durch: **FIN****Französischsprachige Lehrlinge in kantonalen Verwaltungsstellen**

Der Bernjurassische Rat hat vor kurzem bedauert, dass die Zahl der Lehrlinge in Organisationseinheiten der Kantonsverwaltung im Verhältnis absolut nicht der demografischen Stärke der französischsprachigen Kantonsbevölkerung entspricht. Um dieses Verhältnis zu erreichen, müsste der Kanton Bern in der Tat doppelt so viele Lehrlinge ausbilden. Im Vergleich dazu schafft der Kanton Jura Lehrstellen für über 74 Jugendliche:

Praktikanten 3 + 1, KBM	15
Weitere Praktikanten	16
Angestellte in Ausbildung HSW	33
Lehrlinge: 1. Lehrjahr	25
2. Lehrjahr	25
3. Lehrjahr	22
4. Lehrjahr	2

Der Regierungsrat wird sich diesbezüglich im Zusammenhang mit dem Gesuch des Bernjurassischen Rats und dem parlamentarischen Vorstoss von Grossrat Gasser äussern können.

Fragen:

1. Wie viele junge Französischsprachige, die in kantonalen Stellen arbeiten, absolvieren eine berufsbegleitende FH-Ausbildung?
2. In welchen Schulen werden diese Jugendlichen ausgebildet (BFH, HES-SO, andere)?
3. Hat der Regierungsrat vor, die Zahl der Arbeitsstellen für Jugendliche, die eine berufsbegleitende FH-Ausbildung machen möchten, zu erhöhen?